

Der Wachturm ist neu – eine Art Hochsitz aus hellem Holz, die Kanzel unter einem Tarnnetz versteckt. Auch die Straßensperre, ein Provisorium aus Baumstämmen und Stacheldraht, stand vor wenigen Wochen nicht hier, am Grenzübergang von Kutschurgan. Hinter dem Schlagbaum rollen Dutzende Autos langsam an die Posten von Zöllnern und Grenzschützern heran. Auf der anderen Seite, immer im Blick der Männer in Tarnanzug und mit Automatikgewehr, führt eine zerklüftete Straße nach Transnistrien.

Kutschurgan ist der wichtigste Übergang zwischen der Ukraine und Transnistrien, jener schmalen Region entlang der Grenze, die völkerrechtlich zwar zur Republik Moldau gehört, aber seit mehr als zwei Jahrzehnten faktisch wie ein eigener Staat funktioniert. So lange ist auch der Konflikt zwischen Moldau und der Separatistenrepublik ungelöst. Dass die Region pro-russisch geprägt ist, erhöht derzeit die Spannung, nicht nur in Kutschurgan.

„Wegen der aktuellen Lage bewachen wir die Grenze stärker“, erklärt Wolodymyr Katschanowezkij, ein junger Offizier in Flecktarn und schweren Stiefeln, die blonden Haarstopfeln unter einem Barret versteckt. Nur 70 Kilometer sind es von der Grenzstation bis nach Odessa. Entlang der M16, der Straße in die ukrainische Hafenstadt, hat auch die Armee einen zusätzlichen Posten errichtet. Uniformierte wachen dort zwischen Straßensperren und einer kleinen Hütte aus Betonquadern, ein Panzer steht am Straßenrand. Kiew fürchtet, dass pro-russische Aktivisten aus Transnistrien die Gewalt in der Ukraine unterstützen könnten. Sorgen bereiten außerdem 1.500 russische „Friedenssoldaten“, die seit dem Bürgerkrieg in Moldau 1992 in Transnistrien stationiert sind.

Die selbsternannte Republik Transnistrien zählt zu den ärmsten Regionen Europas und kann nur mit russischer Hilfe existieren

Der hölzerne Wachturm in Kutschurgan zählt zu den „verstärkten Maßnahmen“, von denen Katschanowezkij spricht, mehr Grenzer sind inzwischen im Einsatz und prüfen Reisende intensiver. Bislang ist alles ruhig. Außer einem kleineren Waffenfund und zwei syrischen Flüchtlingen, die in die Ukraine einreisen wollten, kann Katschanowezkij „keine besonderen Vorfälle“ berichten.

In Tiraspol, etwa eine halbe Stunde mit dem Minibus entfernt, sehen die Menschen das anders. In der Hauptstadt Transnistriens heißt es seit Wochen, Männer mit russischen Pässen dürften die Grenze nicht mehr passieren – weil Kiew neue Gewalt fürchtet. Etwa ein Drittel der halben Million Einwohner Transnistriens hat russische Wurzeln. Mit Moldauern und Ukrainern bilden sie die Bevölkerungsmehrheit in der Provinz.

Dass Männer mit russischem Pass angeblich nicht einreisen dürfen, ist für Grenzoffizier Katschanowezkij „nur Gerede“. Es gebe keine generellen Reisebeschränkungen. „Die Leute können passieren“, sagt er. Abgelehnt werde nur, wer keine gültigen Dokumente oder keine ausreichenden Finanzmittel vorweisen oder keinen klaren Reisegrund benennen könne, erklärt der Grenzschützer. Dies hänge nicht von der Herkunft ab und komme nur selten vor.

Tatsächlich überqueren etwa 1.000 Menschen die Grenze derzeit an einem Werktag, 50 Prozent weniger als üblich. Ukrainer reisen wegen der Krise weniger, und viele Menschen in Transnistrien meiden das Nachbarland, weil sie glauben, dass „Faschisten“ die Macht ergriffen haben. So, wie es das russische Staatsfernsehen berichtet.

Propaganda, Geschichten und Gerüchte vermischen sich, nicht nur in diesen Tagen. Ein weiteres lautet, Gastarbeiter aus Transnistrien, von denen Tausende in Moskau leben, könnten angeblich nicht mehr den Zug aus Russland nehmen, wenn sie in die Heimat reisen wollen, denn dieser durchquert die Ukraine. Stimmt nicht, sagen die Grenzschützer. Dennoch steigen Transnistrier momentan eher ins teurere Flugzeug, bringen also weniger Geld in die Region. Darauf aber ist Transnistrien angewiesen, denn die heimische Wirtschaft darbt schon lange.

Transnistriens Führung gibt der Regierung in Moldaus Hauptstadt Chisinau, auf der anderen Seite des Dnjestr-Flusses, die Schuld dafür. Überhaupt sind die Beziehungen schwierig, und dürften sich kaum verbessern, gerade jetzt, da Moldau in Richtung Europa strebt. Ende Juni will Chisinau ein As-

sozierungsabkommen mit Brüssel unterzeichnen. Die Mehrheit der Menschen in Transnistrien hingegen sehen sich nach einem Anschluss an die Russische Föderation, so wie ihn die Halbinsel Krim jüngst erlebte. Referenzen darüber gab es in Transnistrien einige, zuletzt im Jahr 2006, damals sprachen sich 97 Prozent für die Anbindung an Russland aus. Anderslautende Meinungen, vor allem von Moldauern in Transnistrien geäußert, die sich die Einheit des Landes und einen Kurs nach Europa wünschen, finden kaum Beachtung.

Die komplizierte Lage lässt die Sorgen in Chisinau und weiter im Westen wachsen. Moldau ist längst ein Nebenschauplatz der Krise im Osten Europas. Moskau versucht mit Druck den Westkurs des Landes zu bremsen. Die Nato hält selbst einen Marsch russischer Truppen durch die Ukraine bis nach Transnistrien für möglich.

Mehrfach hat Russland in den vergangenen Wochen eine „Blockade“ Transnistriens durch Moldau und die Ukraine kritisiert. Präsident Wladimir Putin forderte, diese müsse „unverzüglich aufgehoben“ werden. Dmitrij Rogosin, Vizepremier und Transnistrien-Beauftragter der russischen Regierung, sprach von einer „Verhärtung der Isolation“ und drohte, Russland werde alles unternehmen, um eine totale Blockade Transnistriens zu verhindern.

Transnistrien ist aufgrund des ungeklärten Konfliktes schon lange isoliert. Politisch hat der De-facto-Staat keine Stimme und wirtschaftlich sieht sich die Region unter einer Blockade Moldaus, weil sie für Exporte Abgaben an Chisinau entrichten muss. Seit dem Machtwechsel in Kiew wächst die Sorge vor zusätzlichen Problemen auf der anderen Seite der Grenze. Über die Ukraine gelangen die meisten Alltagsgüter und Rohstoffe in die Region, der Nachbarstaat ist wichtig für den Transit nach Russland. Die Menschen fürchten in Zukunft noch weiter abgeschnitten und abgehängt zu sein.

Bereits heute kann die selbsternannte Republik nur existieren, weil Russland sie unterstützt. Moskau pumpt günstiges Gas in die Region und stockt die spärlichen Renten auf. Kindergärten, Schulen, ein Medizinzentrum und ein Zementwerk entstehen mit russischem Geld. Seit ein paar Wochen fahren neue Oberleitungsbusse durch das Stadtzentrum von Tiraspol. Auf den Busfenstern kleben als Folie die Zwiebeltürme der Moskauer Basilius-Kathedrale. In großen Lettern steht daneben: „Gemeinsam mit Russland in die Zukunft.“

Die Busse fahren über die Hauptstraße der 150.000-Einwohner-Stadt, vorbei an Lenin- und Panzer-Denkmalern und an der Landesflagge: rot-grün-rot gestreift, mit Hammer und Sichel im oberen Eck. In Transnistrien pflegt man das Erbe der Sowjetunion wie an kaum einem anderen Ort. Selbst Mangel herrscht noch heute, nicht mehr wie früher an Alltagsprodukten, dafür an Arbeitsplätzen und Perspektiven.

Fast 200.000 Menschen haben Transnistrien in den vergangenen 25 Jahren verlassen, auf der Suche nach besseren Jobs, mehr Lohn und sozialer Sicherheit. In Transnistrien verdienen sie kaum mehr als 200 oder 300 Dollar im Monat. Die Separatistenrepublik zählt zu den ärmsten Regionen Europas.

In einem Land zu leben, das es offiziell gar nicht gibt, bringt auch im Alltag Einschränkungen mit sich. Wer in die nächsten Zentren reisen will, kann zwar seit noch nicht langer Zeit am kleinen Bahnhof wieder in den Zug steigen. Über Jahre war die Stre-

cke zwischen Odessa und Chisinau verwaist. Der eigene Pass Transnistriens ist jedoch außerhalb der Region nutzlos. Eben sowenig zu gebrauchen ist jenseits der Region die Geldkarte mit dem wohlklingenden Namen „Raduga“, Regenbogen, die hier das international übliche Zahlungssystem ersetzt.

Dass selbst ein Bankkonto außerhalb Transnistriens nicht viel wert ist, musste Natalija Tschebatjuk erfahren. Die heute 23-Jährige wollte während ihres Studiums Visa beantragen für Reisen nach Deutschland und Italien. Tschebatjuk hat ukrainische Wurzeln, sie selbst sieht sich als Russin. Für Reisen hat sie einen moldauischen Pass. Also musste sie für die Visa in Konsulaten in Chisinau einen Nachweis über ihre Finanzen erbringen. Dort erklärte man ihr, die Daten ihrer Bank seien nicht zu gebrauchen, weil eine Überprüfung aufgrund des Status Transnistriens nicht möglich sei.

„Wir wollen und müssen zusammen sein mit Russland“, sagt ein Lokalpolitiker. Die Krim habe gezeigt, wie schnell das gehen könne

Und nicht nur das. Während ihres Soziologie-Studiums hätte die junge Frau mit den langen braunen Haaren gern an internationalen Austauschprogrammen für Kultur und Politik teilgenommen, Praktika im Ausland absolviert. Wieder hinderte sie die Statusfrage daran, im Westen wie im Osten. Teilnehmer aus Transnistrien waren nicht vorgesehen. Inzwischen hat Tschebatjuk die Uni absolviert und arbeitet an der Rezeption eines Hotels in 24-Stunden-Schichten – auf der Hochschule hatte sie sich auf einen anderen Job vorbereitet. Dies sei in Transnistrien aussichtslos, erklärt sie und äußert einen Wunsch: „Ich will als junger Mensch mehr Möglichkeiten haben.“ Mit dem moldauischen Pass braucht sie seit Kurzem kein Visum mehr für Reisen nach Europa, für Russland ohnehin nicht. Dennoch: „Arbeit, Reisen, Erfahrungen im Ausland sammeln, die Welt sehen“ – das alles würde sie am liebsten mit einem international gültigen Pass aus Transnistrien.

Von einer internationalen Anerkennung erhofft sie sich außerdem, so wie viele hier, eine Verbesserung der Lebensstandards. „Die Blockade beeinflusst die junge Generation“, sagt Tschebatjuk. „Ohne sie wären die Preise günstiger, es gäbe mehr Jobs und die Region könnte lebendiger sein.“

Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen sicher leben können, damit sie nicht fortziehen wollen, ist ebenfalls das Anliegen von Anatolij Dirun. Die Leute sollten „stolz sein, hier zu leben“, wünscht sich der 36-Jährige. Die größte Herausforderung sieht der Parlamentsabgeordnete in den „gewaltigen wirtschaftlichen Problemen“. Dirun hat ein Mandat der Partei „Erneuerung“. Diese besitzt die Mehrheit im Parlament, das noch immer den Namen Oberster Sowjet trägt. Daneben ist der junge Politiker Vorsitzender einer sozialen Bewegung namens „Nationale Einheit“, die in einem geduckten gelben Haus zwischen hohen Plattenbauten im Zentrum von Tiraspol residiert.

Hier kritisiert auch Dirun die wirtschaftliche Blockade seiner Heimat. Eigentlich dürfen Unternehmen aus Transnistrien seit Jahren, wie die meisten Betriebe Moldaus, ihre Produkte steuerfrei nach Europa ausführen. Dort sitzen die Hauptabnehmer von transnistrischen Produkten wie Stahl, Brennstoffen und Textilien. Allerdings müssen Firmen für ihre Exporte moldauische Zertifikate besitzen und dafür Gebühren an Chisinau zahlen. „Transnistrien verliert Geld wegen dieser Steuern“, klagt Dirun. Überhaupt sei es falsch, dass in Transnistrien die Regeln aus Moldaus Hauptstadt gelten. „Es ärgert uns, dass wir keine Möglichkeit haben, uns zu entwickeln“, kritisiert der Abgeordnete. Dabei haben die Exporte Transnistriens in den vergangenen Monaten eigentlich zugelegt, wie offizielle Zahlen belegen.

Dass die bestehenden Regeln bald von einem umfassenderen Freihandelsabkommen zwischen Moldau und der Europäischen Union abgelöst werden sollen, stößt in Transnistrien auf Skepsis, Dirun sieht „Risiken und Gefahren“. Unternehmen hätten „mehr Fragen als Antworten“, erklärt er.

Ohnehin lautet ja das Ziel für Transnistrien: „Wir wollen und müssen zusammen sein mit Russland“, so Dirun. Die Krim habe gezeigt, wie schnell sich diese Frage lösen lasse, sagt der Abgeordnete. „Wir freuen uns für die Krim.“ Da keimt in ihm eine Hoffnung auf: Womöglich lasse Moldau Transnistrien nun endlich ziehen, überlegt der Abgeordnete, denn: „Vielleicht sind wir zu schweres Gepäck auf ihrer Reise nach Europa.“



Region mit Zündstoff

Transnistrien liegt an der Grenze zur Ukraine, ist aber pro-russisch geprägt. In der Krise wachsen auch hier die Konflikte / Von Oliver Bilger



Sehnsucht nach Eigenständigkeit: Militärparade in Tiraspol.



Sehnsucht nach einem besseren Leben: An der Grenze in Kutschurgan.



Anatolij Dirun von der Erneuerungs-Partei. Bilger